

Solidarität mit dem Kölner Stadtarchiv? Ja, aber keine dumme!

von Frank Möller

Der Umgang mit Katastrophen folgt in den meisten Fällen einem vergleichbaren Drei-Stufen-Schema. Auf Schock und Klage und die Forderung nach Konsequenzen für die Verantwortlichen folgt die zweite Phase des Aufräumens. Sie wird selbst zum Ereignis. In der ersten Phase tauchen die Verantwortlichen in der Regel unter, in der zweiten tauchen sie – mit verändertem Rollenverständnis – wieder auf. Die dritte Phase ist die eigentlich spannende. Entweder kommt es in ihrem Verlauf zu einer Veränderung der Strukturen, die die Katastrophe ermöglicht haben, oder alles bleibt beim Alten.

Köln bildet keine Ausnahme von dieser Regel. Phase 1: Der Schock. Die Empörung. Die Suche nach den Schuldigen. Der Oberbürgermeister der Millionenstadt bundesweit auf allen Kanälen in der Rolle des Trümmerdeppen mit Betroffenheitsblick und der Abwehr aller Schuldzuweisungen, die von ihm als Schuldzumutungen empfunden werden. Die verantwortlichen KVB-Vorständler Walter Reinartz und Jürgen Fenske dummfroh und voll selbstgerechter Empörung über die scheinbar anmaßenden Verdächtigungen, die KVB und ihr Tunnelgebüddel könne irgendetwas mit dem Einsturz des Stadtarchivs und den verschuldeten Toten zu tun haben. Und obendrauf noch der verantwortliche Baudezernent Streitberger als Inkarnation der Ahnungslosigkeit.

Phase 2: Die Toten sind geborgen. Die Bergung von Trümmern, Hausrat und Archivgut läuft. Die lokale Presse bringt Erfolgsmeldungen: „Teile der Bücher Weinsberg gefunden“, „Bölls Nobelpreisurkunde nahezu unversehrt“, der Oberbürgermeister der Millionenstadt findet ein Stofftier und darf sich zudem während eines Fototermins als Helfer der Bergungstrupps mit Helm ablichten lassen. KVB-Reinartz und -Fenske haben das Büßergewand angelegt, äußern sich nun nur noch sehr moderat, und Bernd Streitberger darf wieder bei Podiumsgesprächen als Experte mitreden. Rücktritt eines einzigen Verantwortlichen: Fehlanzeige. Und außer einem kleinen Trupp Unverdrossener, der sich montäglich vor dem Rathaus trifft und Plakate mit der Forderung nach Konsequenzen hochhält, fordert den auch keiner mehr öffentlich.

Wie wird es weitergehen – in Phase 3? Juristische Aufarbeitung... Die wird Jahre dauern. Und irgendwann – so behaupten Zyniker, die leider oft die wahren Realisten sind – wird das Grundwasser auf der Anklagebank sitzen. Wie verhält man sich selbst? Ich habe mir diese Frage oft gestellt. Vielleicht gerade deshalb, weil ich in den vergangenen zwanzig Jahren immer wieder mit dem Historischen Archiv zu tun hatte, für die Zuwendung von Nachlässen gesorgt, eigene Dokumente eingestellt und in den letzten zwei Jahren dort intensiv an einem Forschungsprojekt gearbeitet hatte. Die Mitarbeiter waren mir mit ihrer freundlichen Art und ihrer Bereitschaft alles zu tun, damit man mit seiner Arbeit weiter kommt, ans Herz gewachsen? Solidarität also? Solidarität mit dem Archiv, wie sie kürzlich im April auf einer Ringvorlesung der Universität gefordert und unter Ausblendung jedweder Ursachen des Archiveinsturzes praktisch-trivial in eine allzu billige Spendensammlung gewendet wurde? Nein. So jedenfalls nicht.

Will man etwas für den Neuaufbau des historischen Gedächtnisses der Stadt tun, dann muss man zunächst dem drohenden zweiten Gedächtnisverlust entgegenwirken, der dem Verlust des Archivs zu folgen droht – dem Verlust der Erinnerung an die politischen Ursachen der hausgemachten Katastrophe. Dazu gehört, dass Großprojekte seit Jahrzehnten in Köln nicht

ausschließlich nach Rationalitätskriterien entworfen und aufgelegt werden, sondern in erheblichem Maße deshalb, weil hohe Investitionssummen gleichzeitig hohen Reibach für diejenigen garantieren, die in die eigene Tasche wirtschaften. Und das sind viele. Unter zweckrationalen Erwägungen hätte es den U-Bahn-Bau in Köln nie geben dürfen und hätte es folgerichtig die Archiv-Katastrophe auch nicht gegeben.

Ursächlich hinzu kommt die fatale Besetzungspolitik leitender Positionen in städtischen Gesellschaften. Die Kölner Parteien verstehen diese finanziell lukrativen Posten – ebenfalls seit Jahrzehnten – als Parkplätze für Parteimitglieder, die es zu belohnen bzw. geräuschlos zu entsorgen gilt. Sachkompetenz ist dabei allenfalls ein nachgeordnetes Kriterium, wenn überhaupt. Im Grunde genommen ist dies eine Form legalisierter Korruption. Die Folgen davon sind eindeutig und ablesbar: Wichtige Einrichtungen, auf deren Funktionstüchtigkeit eine Kommune angewiesen ist, beginnen vom Kopf her zu stinken. Ihre Arbeit wird zunehmend ineffektiv, intransparent und Verantwortlichkeiten werden selbst intern nicht mehr nachvollziehbar. Komplexe Großprojekte sind unter solchen Voraussetzungen nicht durchführbar, jedenfalls nicht ohne die Inkaufnahme von Katastrophen à la Stadtarchiv und ohne regelmäßige Explosionen der veranschlagten Kosten.

Solidarität mit dem Historischen Archiv der Stadt Köln unter diesen Bedingungen bedeutet – so paradox das zunächst klingen mag – vor der Unterbringung weiterer Nachlässe in Köln zu warnen. Denn wenn sich an der politischen Kultur in der Domstadt nichts ändert, dann werden Archivalien hier auch künftig nicht sicher, dann wird das „Ewigkeitsversprechen“ des Archivs an die Leihgeber nichts wert sein, ganz unabhängig davon ob es sachgerecht geleitet wird und wie kompetent und freundlich seine Mitarbeiter sind. Unter Bedingungen der gegenwärtigen politischen Kultur in Köln verbietet es sich, um die Überlassung weiterer Nachlässe zu werben. Praktisch bedeutet das: Literarische Nachlässe oder Bestände wie die der 120 Jahre alten Literarischen Gesellschaft Köln gehören nach Marbach, Dokumente oppositioneller Gruppen in Köln – Stichwort „Köln-Archiv“ – nach Amsterdam, wo sich bereits die Archivalien des Frankfurter id-Archivs befinden. Und all diejenigen, die Nachlässe an das Archiv gegeben haben, sollten ihre Entscheidung überprüfen und deren Verbleib von nachvollziehbaren politischen Änderungen in Verwaltung und Rat abhängig machen. Das ist allemal sinnvoller, als sich von Beschwichtigungsformeln einlullen und damit trösten zu lassen, es sei doch alles nicht so schlimm, wie zunächst angenommen.

Solidarisch mit dem Stadtarchiv zu handeln, bedeutet daher auch, denjenigen entgegenzutreten, die die Katastrophe relativieren, kleinreden, vergessen machen wollen und einer allgemeinen Amnesie das Wort reden. Der Archiveinsturz ist und bleibt *die* einschneidende Katastrophe der Stadt nach 1945. Wer bloß noch mit Prozentwerten wiedergefundener Archivalien zu beruhigen versucht oder wer meint, launig daran erinnern zu müssen, dass es Verluste von Archivalien auch früher schon in Köln gegeben habe – so zu hören auf der oben genannten Universitätsveranstaltung – der leistet dem Umgang mit Geschichte, der leistet dem Archiv der Stadt einen Bärenienst.

Das Gegenteil ist richtig. Die selbstverschuldete Katastrophe der Stadt und ihre Ursachen müssen im kollektiven Gedächtnis bewahrt, die politische Kultur der Stadt muss einer grundsätzlichen Revision unterzogen werden. Auch von innen, aber vor allem durch Anstöße von außen, denn politische Systeme die faul sind und deren zahlreiche Nutznießer die Stadt als Beute betrachten, reformieren sich nicht mehr aus eigenem Antrieb. Das ist in korrupten „Drittwelt“-Staaten grundsätzlich nicht anders als in Köln.

Deshalb abschließend fünf Anstöße für einen politisch verantwortungsvollen Umgang mit der Archivkatastrophe – als denkbare Zeichen praktischer Solidarität der Bürgergemeinschaft mit ihrem Stadtarchiv.

1. Der 3. März wird künftig als „Internationaler Kölner Anti-Korruptions-Tag“ begangen. Das wird dafür sorgen, die Erinnerung an die Archivkatastrophe und ihre Ursachen im Gedächtnis zu bewahren. Die Stadt richtet den Tag formell aus und wirbt dafür, der jeweilige Oberbürgermeister übernimmt die Schirmherrschaft.

2. Im ersten Jahr sollte die Stadt mit einer gleichermaßen kompetent wie prominent besetzten internationalen Fachtagung einen deutlichen Akzent dafür setzen, dass es ihr ernst ist. Thema: „Kommunale Korruption als Problem moderner Industriegesellschaften. Ein internationaler Vergleich von Ursachen, Folgen und Gegenmaßnahmen“.

3. „Local transparency & international aid“. Auf kleineren Symposien in unregelmäßiger Folge wird über internationale Erfahrungen der Korruptionsbekämpfung debattiert; die verschiedenen Ansätze zur Aufdeckung und Bekämpfung werden hinsichtlich ihrer Tauglichkeit auf die Kölner Verhältnisse überprüft und ggf. implantiert. Um Missverständnissen vorzubeugen: das meint keine launigen „Klüngel“-veranstaltungen mehr. Das Wort „Klüngel“ sollte im Übrigen ganz aus dem Kölner Wortschatz gestrichen werden; es geht um Korruption und Kriminalität und um deren Bekämpfung.

4. Es gab mal eine bundesweite Initiative „Bürger beobachten die Polizei“, die rechtlich zweifelhafte Polizeiübergriffe sammelte, öffentlich machte und den Betroffenen Hilfe anbot. „Bürger beobachten Kölner Rat und Verwaltung“ wäre ein passendes Analogon, das es mit praktischem Leben zu erfüllen gälte. Ein solches Gremium könnte auch als diskrete Anlaufstelle für diejenigen dienen, die intern über Rechtsverstöße informieren möchten. Es sollte sich der Mitwirkung verwaltungserfahrener Anwälte versichern.

5. Am 3. März eines jeden Jahres wird demjenigen, der der Stadt und ihrer Bürgergemeinschaft den nachhaltigsten Schaden durch Inkompetenz und/oder Korruption bereitet hat, ein Preis überreicht. Die Korruption in Köln soll Gesichter bekommen. Preise –man kennt das von Filmfestivals – haben meist einprägsame Namen. Es gibt den „Oskar“, es gibt die „Lola“. Als Kölner Preis könnte ich mir den „Heugel-Bietmann-Preis“ vorstellen.

Ob das ausreicht? Ich weiß es nicht. Aber es wäre ein Anfang auf einem zweifelsohne langen Weg, für den es sich zu werben lohnt.

(12.5.2009)